



INHALT

GGG aktuell

GGG-Mitgliederversammlung	48
Ziele der GGG	49

GGG intern

Zum 80. Geburtstag von Joachim Lohmann	50
Jubiläen	50

GGG Aus den Ländern

Länderberichte	51
----------------	----

GGG aktiv

Einladung zum Bundeskongress	55
------------------------------	----

GGG-Mitgliederversammlung

Außerordentlich engagierte Diskussion zur Namensgebung

Gemäß Beschluss der Mitgliederversammlung vom November 2014 in Mannheim fand am 25.04.2015 eine außerordentliche MV in der IGS Langenhagen (Hannover) statt. Unter der bewährten Leitung von Gerhard Lein (LV Hamburg) und Ulla Pleye (LV Niedersachsen) wurden die vorgelegten Anträge zur Satzungsänderung umfassend und zum Teil sehr erregt diskutiert.

Die „Ziele der GGG“ waren in der überarbeiteten Fassung unstrittig, die „Satzungsgemäße Einbettung des GGG-Namens“ ebenso, die entsprechenden Anträge wurden einstimmig angenommen. Damit haben die Landesverbände jetzt die Möglichkeit, Namenszusätze zu führen, die die real existierende(n) Bezeichnung(en) der integrativ (und inklusiv) arbeitenden Schulen ihres Bundeslandes beinhalten. Die Bezeichnung GGG-Hamburg, Verband der Stadtteilschulen, wäre damit genau so möglich wie GGG-Niedersachsen – Gesamtschulverband. Alle Landesverbände

müssen sich dabei namentlich als Landesverband der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule – Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens ausweisen.

Denn bei diesem, dem bisherigen Vereinsnamen bleibt es. Zwar wurde der weitest gehende Antrag („keine Namensänderung“) mit absoluter Mehrheit abgelehnt, aber keiner der vier neuen Namensvorschläge erzielte das für eine Satzungsänderung notwendige Quorum von 3/4 der Stimmen.

Die absolute Mehrheit erhielten der Antrag des Hauptausschusses (GGG-Gemeinnützige Gesellschaft Gemeinsame Schule für alle) und der Antrag aus Berlin (GGG-Eine gemeinsame Schule für alle).

Der Bundesvorsitzende Lothar Sack dankte abschließend dem Leitungsduo für die souveräne Versammlungsleitung sowie ganz besonders Wolfgang Kuschel, dem Leiter der gastgebenden Schule, dafür, dass die MV in seinem Hause stattfinden konnte.

WOLFGANG VOGEL

Im Wortlaut: Ziele der GGG

Die Gesellschaft setzt sich ein

I. für eine Schule für alle:

Ziel ist, dass alle Kinder und Jugendlichen eine gemeinsame Schule für alle (eine Schule der Inklusion) bis zum Ende ihrer allgemeinen Schulpflicht besuchen und das tradierte gegliederte Schulsystem auch in Deutschland überwunden wird.

II. für eine Schule der Menschenrechte:

Ziel ist, dass Menschen- und Kinderrechte insbesondere auf Bildung für jedes Kind und jede(n) Jugendliche(n) eingelöst werden.

III. für eine Schule der Chancengleichheit:

Ziel ist, dass jedes Kind und jede(r) Jugendliche gleiche Bildungschancen und insbesondere ungehinderten Zugang zu jeder Form schulischer Bildung hat.

IV. für eine Schule der individuellen Persönlichkeits- und Leistungsentwicklung:

Ziel ist, dass jedes Kind und jede(r) Jugendliche in der Schule die Entwicklungsmöglichkeiten findet sowie die Anerkennung und Unterstützung erfährt, die das Erreichen eines bestmöglichen Bildungsstandes und Schulabschlusses gewährleisten.

V. für eine Schule der Demokratie:

Ziel ist, dass alle Kinder und Jugendlichen eine der demokratischen Gesellschaft angemessene Schule besuchen. Sie muss demokratiestiftend, also eine gemeinsame Schule für alle sein, in der Demokratie gelebt und gelernt wird.



GGG-Ehrenvorsitzender Jürgen Theis, der älteste ...



... und Tom Erdmann, der jüngste Redner, seit dem 2. Juni Berliner GEW-Vorsitzender



GGG-Vorsitzender Lothar Sack begrüßt.



Mitgliederversammlung in Hannover: Die Ziele werden einstimmig verabschiedet.



Souveräne Versammlungsleitung: Gerhard Lein und Ulla Pleye

Zum 80. Geburtstag von Dr. Joachim Lohmann



Lieber Joachim, am 18. Juni 2015 hast du deinen 80. Geburtstag gefeiert. Dazu gratulieren wir dir im Namen der GGG herzlich. Für die Zukunft wünschen wir dir, dass du noch lange ein gesundes, ereignisreiches und erfülltes Leben führen kannst.

Wir wollen hier darauf verzichten, deinen beruflichen und politischen Werdegang noch einmal zu rekapitulieren. Das ist an dieser Stelle schon verschiedentlich geschehen. Hervorheben und würdigen wollen wir stattdessen dein schon mehr als ein halbes Jahrhundert andauerndes Engagement für eine gerechtere Gesellschaft und damit insbesondere auch für ein Schulsystem, das einer demokratischen Gesellschaft angemessen ist. Wer dich in den letzten Jahren erlebt hat, wird festgestellt haben, dass Engagement nicht vom

Alter abhängt. Dies gilt sowohl auf der politischen Ebene in der SPD als auch in der GGG. Wir glauben nicht ohne Übertreibung sagen zu dürfen, dass du von Beginn an eine der tragenden Säulen der GGG warst und auch heute noch bist. Deine Überzeugungen, Handlungen und Debattenbeiträge haben dazu beigetragen, die gemeinsame Schule für alle voranzubringen.

Von 1974 bis 1980 warst du Bundesvorsitzender der GGG und an den Gründungen mehrerer Gesamtschulen maßgeblich beteiligt. Immer wieder hast du dich auch als Analytiker und Stratege in die aktuellen Diskussionen eingebracht. An Weitblick hat es dir dabei nie gefehlt. So belegtest du z. B. in einem Artikel für das Debattenmagazin Berliner Republik, dass die deutsche Bildungskatastrophe auf allen Ebenen aus wirtschafts- und sozialpolitischen, ja gesellschaftspolitischen Gründen überwunden werden muss. Mit dem Verfall der Hauptschule hast du gefordert, die Schulstrukturreform wieder auf die Agenda zu setzen. Orientierungen für die vorzunehmenden Veränderungen sollten dabei neben der politischen Realisierbarkeit sein, dass mehr Chancengleichheit erreicht werden kann und dass die Chancen für

die gemeinsame Schule für alle verbessert werden. Deine Analyse hat dich zu einem Zweisäulenmodell geführt, bestehend aus dem Gymnasium und der Gemeinschaftsschule, die möglichst ohne Leistungsdifferenzierung auskommt, alle Abschlüsse anbietet und über eine eigene gymnasiale Oberstufe verfügt. Du nennst es „zweigliedriges Gleichstellungssystem“ und belegst deine Thesen in gewohnt gründlicher Weise mit empirischen Daten. Für diesen Weg und die sich daraus ergebenden Konsequenzen argumentierst du seitdem vehement.

Wenn du heute diese Position vertrittst, wird einmal mehr deutlich, was Lothar Sack vor fünf Jahren über dich schrieb: „Wir kennen und schätzen dich als beharrlichen, streitbaren und solidarisches Kämpfer für die Schule ohne Aussonderung.“ In diesem Sinne wünschen wir dir und uns ein noch lange währendes gemeinsames Eintreten für unsere gemeinsame Sache. Zumindest so lange, bis die gemeinsame Schule für alle nicht mehr Vision, sondern Realität geworden ist.

Barbara Riekman, Dieter Zielinski

BERLIN

Gemeinsam mit dem Land Brandenburg sind neue Lehrpläne erarbeitet worden. Die Senatsverwaltung hat sie zur Erörterung und Stellungnahme veröffentlicht. Sie sind schulform- und schulstufenübergreifend. Außerdem sehen sie z.T. Lernfelder statt Einfächer vor (z. B. GeWi) (<http://www.berlin.de/sen/bildung/unterricht/lehrplaene/>). Sie sollen zum Schuljahr 2016/17 in Kraft treten. In der z. Z. stattfindenden Erörterungsphase zeigt sich, dass an manchen Stellen noch Nachbesserungsbedarf besteht, von konservativer Seite werden gerade die grundsätzlichen Neuerungen – etwa fächerübergreifende Lernbereiche statt Einfächer – stark abgelehnt. Eine Verschiebung des Einführungstermins um ein Jahr ist in der Diskussion. Das Netzwerk Gemeinschaftsschulen hat eine Stellungnahme zu den Lehrplänen erarbeitet, die in Kürze veröffentlicht wird.

Auf dem letzten CDU-Parteitag ist eine Positionierung der CDU verabschiedet worden, die einem Griff in die Mottenkiste der vergangenen Jahrhunderte gleicht (http://www.cduberlin.de/download/?-file=beschluss_zukunft_der_bildung.pdf). Die GGG-Berlin arbeitet an einer Stellungnahme.

Vom 09. bis 11.03.2015 fanden wieder, zum dritten Mal, von der GGG-Berlin organisierte Schulbesuchstage statt. Das Angebot fand reges Interesse; es nahmen die Referendare zweier schulpraktischer Seminare teil, die ihre Berichtspräsentationen für die Seminararbeit den besuchten Schulen und uns zur Verfügung gestellt haben. Das positive Echo veranlasst uns, das Angebot auch für die Folgejahre vorzusehen.

Am 11.03.2015 fand die Mitgliederversammlung der GGG-Berlin statt. Der Vorstand legte den Tätigkeitsbericht vor (in der Website der GGG-Berlin abrufbar, als Mitglied anmelden). Nach wie vor gibt es den Widerspruch zwischen der Behauptung, die Schulformen Integrierte Sekundarschule/Gemeinschaftsschule und Gymnasium

seien gleichberechtigt, und der Realität. In etlichen Fällen konterkarieren Aktivitäten und Vorschriften der Verwaltung die Grundidee der Schulstrukturreform, indem sie den integrierten Schulen die Aufgaben zuweisen, für die sich das Gymnasium für nicht zuständig erklärt (u. a. Aufnahme der Schüler, die nach der Probezeit des Gymnasiums verwiesen werden; Inklusion). Der Landesvorstand (Tom Erdmann, Robert Giese, Bernd Roswadowski, Lothar Sack, Sabine Scholze) wurde wieder gewählt. Robert Giese ist Landesvorsitzender.

LOTHAR SACK

BREMEN

Zur Zeit läuft die Vorbereitung und Organisation des Oberschultages 2015 auf Hochtouren. Er wird von der GEW und GGG Bremen als Fachtagung gemeinsam veranstaltet und wird am 23.06.2015 stattfinden. Es wird in der Hauptsache um eine Standortbestimmung des Aufbaus der Oberschulen gehen, denn sechs Jahre Erfahrungen in den Oberschulen und fünf Jahre Inklusionsprozesse sind zu bewerten. In diesem Schuljahr werden an ca. neun Oberschulen die ersten Schulabschlüsse vergeben, die besonders scharf unter die Lupe genommen werden. Eine begleitende wissenschaftliche Koordinierung und Evaluation der Oberschulentwicklung haben für die Schulen nicht stattgefunden. Deshalb ist eine gründliche Analyse dieses Aufbauprozesses umso wichtiger. Wir fragen, ob sich die am Anfang formulierten Erwartungen erfüllt haben. Einen Anfang machen wir mit dem Oberschultag.

Die Anwahlzahlen für die neuen 5. Klassen ist das weitere z. Z. spannende Thema. Im ‚Weser-Kurier‘ ist ein Ranking der zehn beliebtesten Schulen groß aufgemacht worden, und zwar nach den absoluten Anwahlzahlen. Platz 1 besetzt die Gesamtschule

Ost, gefolgt vom Kippenberg Gymnasium und der Gesamtschule West. Die weiteren Plätze belegen zwei Oberschulen und fünf Gymnasien. D. h., dass sich unter den ersten drei Schulen zwei Gesamtschulen befinden, insgesamt aber sechs Gymnasien (von acht in Bremen) unter den ersten zehn auftauchen. Die Innenstadtgymnasien sind danach stärker angewählt, als es Plätze gibt, ein Trend, der schon seit Jahren zu beobachten ist. In den Außenbezirken Bremens behaupten die beiden großen Gesamtschulen ihre gute Position, obwohl sie nicht binnendifferenzieren arbeiten und Noten schreiben. Andererseits gibt es eine Reihe von Oberschulen, die schwach angewählt worden sind, und das schon seit Jahren. Sie strampeln sich ab, legen anspruchsvolle Programme auf und festigen ihre Unterrichtsqualität. Diese Oberschulen haben auch keine Oberstufen, was weiterhin nicht zu einem erfolversprechenden Image beiträgt. Eine Zweiklassengesellschaft unter den Oberschulen bedeutet dies, da einige wenige Oberschulen mit einer Oberstufe punkten können. Diese konfuse Hinterlassenschaft, eine krasse schulpolitische Fehlentscheidung, verdanken wir der vorigen Senatorin Jürgens-Pieper.

Auf Dauer aber hilft aber nur die „Eine Schule für alle“, die die unzumutbaren Bedingungen für einen Großteil der Schulen aufhebt und Bildungsgerechtigkeit für alle schafft.

KALLE KOKE

HAMBURG

Hamburg hat gewählt! Der rot-grüne Senat ist gebildet. Neues enthält der Koalitionsvertrag in Sachen Bildung nicht; eine grüne „Handschrift“ ist kaum zu erkennen. Kernthemen der Grünen, wie etwa die Abschaffung der Grundschulpflicht, das längere gemeinsame Lernen z. B. in

Wir gratulieren und danken für 40 Jahre GGG-Mitgliedschaft
Walter Frowein (Eintritt 17.09.1975)

Wir gratulieren zum 75. Geburtstag
Roswitha Goldbach (16.08.1940)
Joachim Krause (28.08.1940)
Herbert Gudjons (03.09.1940)

Da in den ersten Jahren der GGG nicht alle relevanten Mitgliedsdaten erhoben wurden, kann es vorkommen, dass Jubilare hier nicht genannt werden.

Für entsprechende Hinweise sind wir dankbar.



Langformschulen, lernförderliche Leistungsrückmeldungen oder die Unterstützung multiprofessioneller Teams an Stadtteilschulen fehlen. Stattdessen finden sich die „alten“ Themen der zurückliegenden Legislaturperiode in spärlicher Ausformulierung wieder: 120 Stellen mehr für Inklusion (das Inklusionsbündnis hatte 350 berechnet), Ausgestaltung des Ganztags, die Qualitätsentwicklung des Unterrichts mit verstärkter Aus- und Fortbildung für den inklusiven Unterricht. Man hätte sich gewünscht, dass diese großen Themen stärker ausformuliert und programmatisch gewichtet worden wären. Eine richtunggebende Nacharbeit der Koalitionspartner ist daher aus Sicht des Hamburger Landesvorstandes der GGG unbedingt nötig.

Positive Resonanz verzeichneten die Veranstaltungen der Hamburger GGG: Ines Boban und Prof. Dr. Andreas Hinz faszinierten mit ihrem radikalen Inklusionsansatz, Prof. Dr. Christian Fischer machte eindrucksvoll deutlich, wie zentral das Thema Begabungsförderung für eine inklusive Schule ist und Daniela Feuerhak zeigte in zwei Fortbildungsveranstaltungen zum Umgang mit traumatisierten Kindern praxisnah schulische Handlungsmöglichkeiten auf. Eine durchweg gute Bewertung erhielten auch die GGG-Besuchstage an 15 Stadtteilschulen. Mit rund 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmern war dieser erste Durchlauf so erfolgreich, dass unter gleichen Rahmenbedingungen eine Fortsetzung im April 2016 gewünscht wird.

Zu einer weiteren Veranstaltung im Juni war Ulrich Vieluf eingeladen. Der Bildungsforscher und ehemalige Staatsrat der Hamburger Bildungsbehörde erläuterte und bewertete empirische Befunde zur Frage innerer und äußerer Differenzierung an Stadtteilschulen.

BARBARA RIEKMANN

HESSEN

Die personelle Ressource des Landesvorstandes ist begrenzt, da sechs der acht Mitglieder noch aktiv in der Schule sind. Wir strengen uns an, vor allem die inhaltliche Arbeit voranzutreiben.

Das „Forum IGS“ setzt seine erfolgreiche Arbeit fort. Erfreulicherweise beteiligen sich immer mehr Gesamtschulen an der inhaltlichen Arbeit. Unsere Vorgabe, dass je Schule eine Mitglied der Schulleitung und eine Lehrkraft teilnehmen, wird inzwischen gern akzeptiert.

Im Herbst treffen sich die GGG-SchulleiterInnen, um einmal in Ruhe die täglich auftretenden Probleme zu besprechen.

Damit hat sich diese Runde zu einer Selbsthilfegruppe weiterentwickelt. Wir haben zugesagt, das Treffen organisatorisch vorzubereiten und zu moderieren.

Für die Frühjahrstagung 2016 nehmen wir uns das anspruchsvolle Thema „Jahrgangsübergreifender Unterricht“ vor, wozu in Hessen bisher nur begrenzte Erfahrungen vorliegen. Wir hoffen dennoch, damit zu Weiterentwicklungen anzuregen.

Trotz des ungünstigen Wechselkurses des Euro zum Schweizer Franken können wir die Klausuren im Institut Beatenberg fortsetzen. Unsere Fahrten bieten

- eine neue pädagogische Orientierung für die Schule
- Anregungen zur Realisierung des individuellen Lernens
- einen Weg, sich persönlich weiterzuentwickeln
- einen anregenden Ort zur Lösung eines aktuellen Problems
- engagierte Kolleginnen und Kollegen zum intensiven Austausch.

Der nächste Termin ist vom 26.–30.09.2015, dann wieder Anfang Februar 2016. Die ausführliche Einladung steht ab Anfang Mai auf unserer Homepage oder kann unter beatenberg@ggg-hessen.de abgerufen werden.

HANS-PETER KIRSTEN-SCHMIDT

NIEDERSACHSEN

Niedersachsen – Gesamtschulland!

In Niedersachsen hat sich die Anzahl der Gesamtschulen seit 2009 fast verdoppelt. Mit Beginn des Schuljahrs 2015/16 werden es 120 sein. Bei vielen Neugründungen der letzten Jahre handelt es sich um Umwandlungen bestehender Haupt- und Realschulen bzw. Oberschulen. Trotz sinkender Schülerzahlen verzeichnen die Gesamtschulen immer noch Zuwächse in den Anmeldezahlen.

Steuerung der Schulentwicklung?

Gesamtschulen in Niedersachsen sind nahezu ausnahmslos gebundene Ganztagschulen. Das Arbeiten an einer Ganztagschule für alle Kinder, in der bis zur achten Klasse auf äußere Fachleistungsdifferenzierung verzichtet wird, stellt für viele Lehrerinnen und Lehrer eine Herausforderung dar, auf die sie sich weder in ihrer Ausbildung noch in einer anderen Schulform adäquat vorbereiten konnten. In Niedersachsen wird die Personalentwicklung für die Gesamtschulen deshalb immer wichtiger. Der Großteil der konzeptionellen Beratung für Initiativen, Planungsgruppen und Gründungskollegien wird durch die GGG bzw. „Patenschulen“ geleistet.

Neues Schulgesetz zum Schuljahr 2015/16 in der Anhörung

Der Entwurf eines neuen Schulgesetzes der rot-grünen Landesregierung ist in der Anhörung. Hier war und ist die GGG sehr aktiv. Gesamtschulen werden ersetzende Schulform werden. Da das gegliederte Schulwesen weiter bestehen bleiben und vor allem das Gymnasium durch das Gesetz vor (fast) allen Gefahren der Schrumpfung geschützt wird, geht der Gesetzentwurf der GGG nicht weit genug.

Veränderungen in der gymnasialen Oberstufe auch für Gesamtschulen geplant

Nach der Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren auch an Gymnasien werden zurzeit die Verordnungen für die gymnasiale Oberstufe überarbeitet und befinden sich bereits in der Anhörung. Die GGG kritisiert insbesondere die Umstellung der vierstündigen Fächer auf das „alte“ Modell 5:3 (fünfstündige Kurse auf erhöhtem Niveau, alle übrigen Kurse und Fächer sollen dreistündig werden).

Aus dem Landesverband

Die GGG Niedersachsen ist nach Nordrhein-Westfalen der zweitgrößte Landesverband in Deutschland. Über die Hälfte der Gesamtschulen sind korporative Mitglieder.

Die GGG-Fortbildungen für Gesamtschulen sind stark nachgefragt. Die Herbsttagung der Gesamtschulleitungen 2015 wird wieder unter dem Dach der GGG stattfinden.

Termin: 18.–20.11.15 in Soltau.

SUSANNE PAVLIDIS

NRW

Landeskongress der GGG NRW am 24.02.2015 in Köln Rodenkirchen

Thema: Jedes Kind ist begabt, kein Kind zurücklassen

450 Kolleginnen und Kollegen nahmen am Landeskongress der GGG NRW an der Gesamtschule Rodenkirchen teil. Mit einem solch großen Interesse war es der erfolgreichste Kongress der GGG NRW in den letzten Jahren.

Sylvia Löhrmann, die Schulministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin in NRW, begrüßte die Teilnehmerinnen

und Teilnehmer in Vertretung der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, die leider erkrankt war. Für die Stadt Köln begrüßte die Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes die Kongressgäste. Prof. Dr. Christian Fischer hielt das Hauptreferat zum Thema „Begabungsförderung – jeder ist begabt“. Neue Ergebnisse der pädagogischen Forschung und viele Denkanstöße bildeten eine sehr gute Grundlage für die weitere Arbeit in den Arbeitsgruppen und in den integrierten Schulen des Landes.

Konkretisiert wurde dies in den Arbeitsgruppen. Möglichkeiten der Umsetzung für die tägliche Arbeit in den Schulen wurden vorgestellt und diskutiert.

Zum Abschluss wurden in einer Resolution des Kongresses Forderungen an die Landespolitik formuliert.

Schulkonsens gestalten – Forderungen an die Landespolitik:

- Die integrierten Schulen ... können eine besondere Unterstützung erwarten.
- Unterschiedliche Aufgaben bedingen unterschiedliche Ressourcen. Ungleiches muss ungleich behandelt werden.
- Sozialindex muss schulscharf nach der Herkunft der Schüler ein Schule bestimmt werden.
- Inklusion ...: alle Schulformen für alle Förderschwerpunkte sind entsprechen ihrem Regelschüleraufkommen zu beteiligen.
- Nicht alle Einzelschulen müssen die Inklusion konkret leisten. Deshalb muss ... der Inklusionsindex ebenfalls schulscharf umgesetzt werden.
- Es darf keine Abschulung aus der Realschule und dem Gymnasium in die integrierten Schulen geben.
- Ein Drittel aller Sekundarschulen sind vier- oder höherzügig, eine hinreichende Größe für eine eigene Oberstufe. Hier den Elternwillen ermitteln und umsetzen.

Schulentwicklung ermöglichen – Forderungen an die Landespolitik:

- Fortbildung muss auf die Unterrichtsverpflichtung angerechnet werden.
- Schulen benötigen ... eine Rahmenvorgabe, die die Kopplung von Fortbildung und Unterrichtsausfall aufhebt.
- Einzelschulen müssen ein Fortbildungskontingent für die Einführung der Inklusion in Lehrerstellenanteilen erhalten.
- Individuelle Förderung und Kompetenzorientierung werden durch die starre Stundentafel erschwert, ... deshalb mehr Möglichkeiten in der Umsetzung.
- Ziffernnoten widersprechen dem kompetenzorientierten Unterricht. Schulen müssen mehr Freiräume für alternative Leistungsbewertungen erhalten.

(Kurzfassung, der vollständige Text: www.ggg-nrw.de „Startseite“)

BEHREND HEEREN

RHEINLAND-PFALZ

Für uns als Landesvorstand ist ein aktives Jahr vergangen. Nach der MV am 15.11.2013 haben wir, der damals neugewählte Vorstand, die auf der MV im Entwurf verabschiedete Stellungnahme zur „schrittweisen Einführung eines inklusiven Schulsystems“ (Schulgesetznovelle) im Rahmen der Anhörung des MBWWK fertiggestellt und abgegeben. Den Gesetzgebungsprozess haben wir weiterhin aktiv verfolgt und begleitet (Landtagsanhörung).

Wichtig war uns, den Kontakt zu dem neuen Referenten für Gesamtschulen im

MBWWK, Dr. Stefan Müller-Dittloff, herzustellen. Es fanden bisher zwei intensive Gespräche statt, in denen wir uns über die Situation der Gesamtschulen in RLP austauschten, insbesondere darüber, welche Unterstützung die Gesamtschulen im Aufbau brauchen.

Wir arbeiten im Forum Neue Bildung (fnb) mit und pflegen die Kontakte zur GEW. Inzwischen fand auch ein Gespräch mit der Landtagsfraktion der SPD statt, das fortgesetzt und vertieft werden wird. Auf dem Demokratietag waren wir mit einem Stand vertreten.

Zusammen mit dem Kreisverband Koblenz-Mayen und Bezirk Koblenz der GEW und dem Regionalelternbeirat Koblenz kam es zu einer Veranstaltung: „Demographische Entwicklung und Schulentwicklung“ am 14.07.2014, die mit 70 Personen gut besucht war. Nach einem Einführungsvortrag von Wolfgang Krämer-Mandau (biregio Bonn) fand eine Podiumsdiskussion mit Vertretern der Schulträger und der Schulaufsicht statt.

Mit einer neuen Gesamtschule im Aufbau, der IGS Trier, veranstalteten wir eine SCHILF zum Thema ‚Inklusiver Unterricht – wie geht das?‘ An den Vortrag des Referenten, Prof. Dr. Hans Wocken, schloss sich eine lebhaft Auseinandersetzung mit den Lehrkräften aus der Schule und

der Region an. In der auch emotional geführten Diskussion wurden Fragen der Vorbereitung und Qualifizierung angesprochen; die schulrechtlichen und materiellen Rahmenbedingungen wurden weder als ausreichend noch als adäquat empfunden.

WOLFGANG THIEL /
ROSEMI WAUBERT DE PUISEAU

SCHLESWIG-HOLSTEIN

In der Fortsetzung unserer Gespräche mit den bildungspolitischen Akteuren in Schleswig-Holstein trafen wir uns am 11.03.2015 mit dem Landesvorstand der Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen (AfB) in der SPD und tauschten mit diesem unsere Positionen aus. Immerhin hat sich die SPD in Schleswig-Holstein in ihrem Wahlprogramm zur Landtagswahl 2012 für die Überwindung des gegliederten Schulsystems und für die eine Schule für alle ausgesprochen. Vor dem Hintergrund des schleswig-holsteinischen Zweisäulenmodells diskutierten wir darüber, wie die Gemeinschaftsschulen weiter gestärkt werden können und welche Entwicklung die Gymnasien künftig nehmen sollten.

Hervorzuheben ist, dass die AfB den aus unseren Reihen entwickelten Vorschlag zur Abschaffung der dreijährigen Probephase für neu errichtete gymnasiale Oberstufen an Gemeinschaftsschulen übernommen und als Antrag auf dem Landesparteitag der SPD eingebracht hat, wo er auf große Zustimmung stieß und nach intensiver Diskussion angenommen wurde.

Im Rahmen eines Aktionsbündnisses für Humane Bildung engagieren wir uns mit Informationsveranstaltungen und Aufklärungspapieren, um für Alternativen zur Zensurengebung zu werben. Hintergrund ist ein neuer Zensurenentwurf für Grundschulen, der diesen ermöglicht, bis einschließlich Klasse 4 keine Zensuren mehr geben zu müssen. Die Vergabe von Zensuren in den Klassen 3 und 4 ist nur noch mit einem ausdrücklichen Beschluss der Schulkonferenz möglich. Dies ist ganz im Sinne der Gemeinschaftsschulen, die bis einschließlich Klasse 7 auf die Vergabe von Zensuren verzichten können.

Für weitere Aufregung sorgte zuletzt der Entwurf eines neuen Lehrkräftebesoldungsgesetzes. In Anpassung an das neue Lehrkräftebildungsgesetz, das künftig eine einheitliche Ausbildung aller Lehrkräfte vorsieht, sollen die so ausgebildeten Sekundarschullehrkräfte im Eingangsbereich künftig alle in die Besoldungsgruppe A13 eingestuft werden. Lehrkräfte, die die Lehrbefähigung für zwei Oberstufenfächer erwerben, erhalten eine Zulage. Ausgenommen bleiben mit Blick auf die erheblichen finanziellen Anstrengungen zur Umsetzung dieses Gesetzes zunächst die Grundschullehrkräfte, die weiterhin nach A12 bezahlt werden sollen, und die bisher in den Sekundarstufen eingesetzten noch schulartbezogen ausgebildeten Hauptschullehrkräfte.

DIETER ZIELINSKI

Termine:		Ort
25.09. bis 26.09.2015	BV/HA	Kassel
26.09. bis 30.09.2015	GGG-Hessen/GGG-Saar	22. Klausurtagung Beatenberg/CH
13.11. bis 14.11.2015	Bundeskongress	Oberschule am Leibnizplatz, Bremen
14.11.2015	Mitgliederversammlung	Oberschule am Leibnizplatz, Bremen
18. bis 20.11.2015	LV NI	Herbsttagung der Gesamtschulleiter/innen, Soltau
11.03. bis 12.03.2016	BV/HA	Kassel

34. Bundeskongress der GGG in Bremen

Der 34. Bundeskongress der GGG unter dem Motto „Kulturelle Vielfalt – der Schlüssel zur Welt“ wird vom 13. bis 14.11.2015 in Bremen stattfinden.

Mit dem Schulgesetz von 2009 hat sich Bremen eindeutig zur Inklusion bekannt und mit flächendeckender Einführung der Oberschule, in der die Gesamtschulen, Integrierten Stadtteilschulen und Schulzentren der Sekundarstufe I aufgegangen sind, Neuland betreten. Dass daneben Gymnasien erhalten blieben, ist dem „Schulkonsens“ geschuldet, der einen 10-jährigen Schulfrieden sichern soll.

Die grundsätzlichen Herausforderungen in der aktuellen pädagogischen Arbeit werden beim Kongress im Mittelpunkt stehen:

- Wie gehen wir in der Schule mit der Vielfalt um?
- Wie werden wir den Ansprüchen der Schüler/innen auf ihre kulturelle Vielfalt gerecht?
- Sind Schulen für kulturelle Vielfalt aufgeschlossen und genügend vorbereitet?

Dazu gibt es Arbeitsgruppenangebote u. a. zu folgenden Themen: Umgang mit traumatisierten Kindern, Mehrsprachigkeit als kulturelle Bildung, Deutsch als Zweitsprache, Umgang mit religiösen und kulturellen Konflikten als Herausforderung für die demokratische Schule, Individualisierter Englischunterricht, Individualisierter Matheunterricht auf dem Hintergrund der Erkenntnisse der Hirnforschung, Inklusion.



OBERSCHULE AM LEIBNIZPLATZ

Als Referent für den Eröffnungsvortrag konnte Prof. Dr. Rolf Werning (Hannover) gewonnen werden. Außerdem dürfte interessieren, wie Bremen mit dem Zweisäulenmodell umgeht – ohne dabei die ursprüngliche Zielsetzung des Schulgesetzes von 1975 (!) aus dem Auge zu verlieren, nämlich das „Schulwesen zu einem integrierten System“ zu entwickeln.

Kongressort ist die „Oberschule am Leibnizplatz“, Schulstraße 24, 28199 Bremen, nur neun Straßenbahnminuten vom Hauptbahnhof entfernt. Eine Vorbereitungsgruppe hat mit dem Schulleiter, Hamid Frizi, bereits den Kongressablauf abstimmen können.

Donnerstag, 13.11.2015

- abends Kongressauftakt-Treffen

Freitag, 14.11.2015

- morgens Hospitationen in und um Bremen herum
- mittags Eintreffen in der Kongressschule
- danach offizielle Eröffnung
- Vortrag Prof. Dr. Rolf Werning (Hannover)
- anschließend Arbeitsgemeinschaften
- abends Gelegenheit zum Besuch der „Shakespeare Company“ im Theater am Leibnizplatz

Samstag, 15.11.2015

- vormittags Wiederholung der Arbeitsgemeinschaften
- anschließend Abschlussplenum / Politische Runde
- nach dem Mittagessen Mitgliederversammlung

Bitte den Termin vormerken und in die Jahresplanung aufnehmen! Über den Planungsstand werden wir regelmäßig auf unserer Webseite www.ggg-bund.de informieren. Anmeldungen sind ab 15.09.2015 per Onlineformular möglich.



Oberschule am Leibnizplatz, Bremen